

Schlafwandeln in den eigenen Untergang

Zu: „Masterplan zur Massenvertreibung“, FR-Tagesthema vom 11.1., und „Rechtsmittel gegen rechts“, FR-Politik vom 4.1.

Wie lange werden wir noch untätig zuschauen?

Sind die Pläne des Verfassungsschutzes, die AfD zu verbieten, mit diesem Vorfall (einem geheimen Treffen in der Nähe von Potsdam, Anm. d. Red.) nicht endgültig gerechtfertigt? Vonseiten der AfD wird dieses Treffen nicht einmal bestritten, sondern mit dem Kommentar, es sei kein Parteitreffen gewesen, schamlos bestätigt. Wie lange wird noch zugeschaut? Können sich die Anhänger nicht durch diese Tatenlosigkeit nur bestärkt fühlen? Sieglinde Kaßbaum, Wuppertal

Wir brauchen Menschen aus anderen Ländern

Unsäglich – nicht nur unmenschlich sondern auch doof, ja einfach dumm, diese Melange der Rechtsaußen inclusive Teilen der sogenannten AfD! Mit der Weitsicht einer Wühlmaus wollen sie Ausländer aus Deutschland entfernen. Aber wer arbeitet dann bei uns? Wer pflegt, wer baut Straßen, Häuser, schweißst Rohre, wer entfernt Müll? Wie viele Ärzte mit Migrationshintergrund haben wir schon? Wer hilft in Notsituationen? Wer klappt die Rollstuhlrampe im Bus auf? Meiner Erfahrung nach meistens Menschen, die nicht hier geboren sind. Jeder Firmenchef wird sich ungläubig die Augen reiben ob des Irrsinns, der da verzapft wird. Will die sogenannte AfD Deutschland in den Abgrund treiben? Klar ist: Jeder gesunde Mensch soll arbeiten, Deutsche genauso wie Menschen von außerhalb. Klar ist auch, dass wir eine satte, alternde Gesellschaft sind und Menschen aus anderen Ländern brauchen. Susanne Stetter, Pliezhausen

Wann wird zur Großdemo gegen die AfD aufgerufen?

Mein Dank geht an Pitt von Bebenburg, Daniel Rossbach und den alten Kämpfer vom OSI Haajo Funke für die aufrüttelnde Berichterstattung zur AfD. Was mir und vielen in meinem Umfeld seit Monaten fehlt, ist ein Aufruf

zu einer Großdemonstration aller Demokraten z.B. in Berlin, um unseren Widerstand und unsere Kampfbereitschaft gegen diese Partei zu zeigen. Wenn's ums Geld geht, reißt man (die Bauern) sein Maul auf, ansonsten scheint die Bevölkerung zu schlafen. Diese Apathie ist zum Verzweifeln, denn für den einzelnen ist es schwer, etwas zu tun. Renate Graf, Berlin

Solcher Ungeist darf nicht an die Regierung

Unermüdlich warnt die FR vor der Gefahr von rechts- danke dafür! Die demokratischen Parteien allerdings schlafwandeln in ihren eigenen Untergang. Wenn 20 bis 30 Prozent der Wahlberechtigten sich für die AfD entscheiden, dann ist der Kippunkt der Demokratie längst erreicht. Unbegreiflich, wie gelassen die demokratischen Parteien diese schleichende Auflösung unseres parlamentarischen Systems hinzunehmen scheinen und nicht erkennen, wie sie in ihrer Schläfrigkeit die eigene Existenz aufs Spiel setzen.

In den Parteizentralen sollte der Artikel von Daniel Roßbach „Rechtsmittel gegen rechts“ Pflichtlektüre sein. Aufschrecken müsste die zitierte Analyse von Hendrik Cremer, Mitarbeiter des Instituts für Menschenrechte: Der Kurs der AfD gehe in Richtung „auf eine am Nationalsozialismus orientierte Gewaltherrschaft“. Was Gewaltherrschaft einer einzigen Partei für die anderen bedeutet, wurde 1933 vor Augen geführt, als alle Parteien verboten bzw. zur Selbstauflösung gezwungen und Parteifunktionäre und -mitglieder verhaftet wurden. Das also ist der Kurs, der sich innerhalb der Gesamtpartei zunehmend durchsetzt. Gaulands „Wir werden sie jagen“ haben wir noch in den Ohren und von manchen Demos gegen rechts das Gegröle „Wir kriegen Euch“. Also müsste es im Interessen aller demokratischen Parteien im Bundestag sein, ein Verbot der AfD herbeizuführen, damit sie demnächst (2025?) nicht selbst verboten werden.

Es stimmt natürlich, dass solch ein Verbot den Nazi-Ungeist nicht aus der Gesellschaft verbannt. Aber ein Verbot der AfD würde uns wenigstens davor bewahren, dass dieser Ungeist sich in Regierungsgewalt manifestiert. Warum gibt es als Vorwarnung nicht längst einen Erlass, der verhindert, dass AfD-Mitglieder und Sympathisanten im öffentlichen Dienst tätig sind? Manchmal beschleicht mich die Befürchtung, dass die Verantwortlichen in den Parteien vor dem Aufstieg der AfD schon kapituliert haben könnten und stillhalten, um ihre Haut zu retten für die Zeit danach. Dann gute Nacht Deutschland. Hartmut Grajetzky, Bochum

Der Zeitpunkt für ein AfD-Verbot ist verpasst

Dank der Bedenkenträgerei und des Zauderns der Verantwortlichen und Zuständigen ist der Zeitpunkt eines AfD-Verbotsverfahrens verpasst. Diese Partei ist längst zu sehr verankert und deren Vertreter sitzen bald sowieso mit dabei, dort wo über solche Verbotsverfahren entschieden wird. Die ganze Debatte offenbart fehlenden Mut, eine klare Kante zu zeigen, und die Angst vor den Folgen der Entscheidungen der in der Justiz tätigen AfD-Anhänger. Rolf Lang, Heusenstamm

Bis nur noch deutsche Inzucht bleibt

Das kann ja heiter werden, wenn die AfD nach der Machtergreifung zur großen Säuberung des deutschen Volkskörpers ausholt! Wenn schließlich alle Migranten und Missliebigen vertrieben worden sind, bleibt eigentlich nur noch deutsche Inzucht. Und überall germanische Hackfressen, dass es eine Fürchterlichkeit wäre, wie Michael Herl in einer Kolumne vor längerer Zeit trefflich ironisch orakelt hatte. Sicherlich damals noch in der Zuversicht, dass die abwegige faschistische Horrorvision niemals Realität wird. Joachim Bohndorf, Bensheim

Diskussion: frblog.de/afd-verbot-2



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20240113

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit der Journalistin Monica Weber-Nau über ihr Buch „Der Weg heimwärts“.

Sonntag, 21. Januar, 11 Uhr
Restaurant „Herr Franz“
Ulmenstraße 20, Frankfurt

Pitt von Bebenburg spricht bei der Konferenz „Diktatur wählen? Demokratische Kultur und ihre Feinde“ der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz in Berlin über die Rolle der Medien. Anmeldung zur Veranstaltung und Livestream unter: www.ghwk.de

Sonntag, 21. Januar, 14-18 Uhr
Gemeindehaus der Jüdischen Gemeinde, Fasanenstraße 79/80
Berlin

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Historiker Peter Brandt über sein Buch „Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“. Der Eintritt ist frei.

Montag, 22. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5
Frankfurt

Meinung wird zu Gewalt

Aggressiver Bauernprotest: „Tumulte in Schlüttsiel“, FR-Politik vom 6.1.

Der Vorgang in Schlüttsiel, wo Bauern Robert Habeck am Verlassen eines Fährschiffes gehindert und zur Umkehr gezwungen haben, ist völlig inakzeptabel und mit nichts zu rechtfertigen. Hier konnte man sehen, was passiert, wenn Meinung aus dem Ruder läuft und zu Gewalt wird. Der aufgebrachte Mob wollte einem Menschen Angst einjagen.

Meine Generation wurde im Angesicht schrecklicher Weltkriege zu Frieden und Demokratie erzogen, friedliche Demonstrationen unterschiedlicher Meinungen inbegriffen. Umso ratloser stehe ich den aktuellen Gewaltextzessen in Fußballstadien, gegen einzelne Bevölkerungsgruppen, auf Schulhöfen gegenüber. Was sind die Ursachen? Ist es die Helden- und Gewaltverherrlichung in der Kinofilmwelt? Sind es die Kriegs- und Tötungsrituale in Internet-Spielen? Ist es die Anonymität in den Social-Media-Gruppen? Ist es die Hetzsprache bestimmter Printmedien und auf Youtube Kanälen, die der Profitsteigerung dieser Medien dient? Ist es die Hyperinformation über Kriege und Gewalt in der Welt durch das Internet? Es wäre dringend notwendig, die Social-Media-Anbieter zu verpflichten, ihre Inhalte mehr zu kontrollieren und Hass, Hetze, Drohungen und Verabredungen zu kriminellen Aktionen konsequent und zeitnah zu löschen. Wer die Freiheit, die uns die Demokratie bietet, benutzt, um die Freiheit anderer Menschen einzuschränken, der muss eine Beschränkung seiner Freiheit in Kauf nehmen.

Rosemarie Pfeiffer, Gelnhausen

Achtung, Bauern von rechts!

Die Fast-Fahren-Erstürmung traf den Falschen. Die Schuldenbremse kam nicht von Robert Habeck. Die kam von der CDU. Die Klage vor dem Verfassungsgericht kam auch nicht von Habeck. Die kam ebenfalls von der CDU. Finanzminister ist er auch nicht. Der ist von der FDP. Und Landwirtschaftsminister ist er ebenfalls nicht. Er ist aber Ziel-scheibe des rechten Hasses und der Hetze der Bild-Zeitung. Wie tödlich das sein kann, das musste schon Rudi Dutschke erleben.

Thomas Klikauer, Sydney (AUS)

Die Vorgänge in Schlüttsiel mögen uns Warnung sein

Die Blockade von Habeck beim Verlassen der Fähre in Schlüttsiel wird von Frau Weidel verniedlichend als „Fahrenflucht“ bezeichnet. In das gleiche Horn blasen Sahara Wagenknecht und Teile der Presse wie z.B. Bild. Die Mitbeteiligung der Mannschaft der Fähre, der Mitreisenden sowie der Einsatzkräfte vor Ort ist ihnen gleichgültig. Dies mag uns allen eine Warnung sein, wie es mit rechtsstaatlichem Schutz aussieht, wenn Frau Weidel und ihre Unterstützer an die Schalt-hebel der Macht gelangen.

Michael Parys, Stuttgart

Diskussion: frblog.de/schluettsiel

Alle Mittel müssen ausgeschöpft werden

USA: „Auch Maine schließt Trump von Vorwahl aus“, FR-Politik vom 30. Dezember

Der letzte Satz der Analyse lässt mich verblüfft zurück: „Besiegen kann man Trump und seine Sekte nur politisch an einem einzigen Ort – der Wahlurne.“ Ist Trump nicht schon einmal an der Wahlurne besiegt worden, nämlich 2020? Dass das nicht reicht, haben die danach ins Werk gesetzten Machenschaften bis hin zum Sturm des Kapitols hinlänglich bewiesen. Ferner: „Seinen Ausschluss von politischen Ämtern hätte der Kongress beschließen können und müssen.“ Hat er aber nicht, obwohl es im Repräsentantenhaus für das Impeachment und für die Disqualifizierung im Senat jeweils eine Mehrheit gegeben hat, im Senat

nur – leider – nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Also muss nach dem zum Glück misslungenen Putschversuch nach allen rechtlich zulässigen Mitteln Ausschau gehalten und alles versucht werden, eine Wiederholung zu verhindern. Das geschieht derzeit insbesondere mit der Anklage vor dem Bezirksgericht in Washington, DC, und m.E. dazu gehört auch die Inanspruchnahme des 3. Absatzes des 14. Verfassungszusatzes.

Dass damit ungeklärte Rechtsfragen verbunden sind, ist kein Wunder, ist dieser Artikel doch noch nie auf einen früheren Präsidenten angewandt worden. Es hat aber auch keiner der bisherigen Präsidenten versucht, ei-

nen Aufstand anzuzetteln, den eigenen Vizepräsidenten zum Verfassungsbruch zu zwingen, ihn gegebenenfalls dem Mob zu überlassen und so ordnungsgemäße Wahlen außer Kraft zu setzen. Das Fehlen eines unmittelbaren Präzedenzfalles darf kein Grund sein, mögliche rechtliche Mittel nicht auszuschöpfen. Immerhin haben eine ganze Reihe konservativer Juristen mit guten, nachvollziehbaren Gründen dargelegt, dass Trump aufgrund dieses Verfassungszusatzes nicht mehr wählbar ist. Oder wie oft soll Trump noch Gelegenheit gegeben werden, das, was er Biden vorwirft, nämlich die Wahl „gestohlen“ zu haben, selbst ins Werk zu setzen? Konstanze Plett, Bremen